

Bund will nichts von einer Notverordnung für Wolfsabschüsse wissen



Der Bund sieht keine Notwendigkeit für eine Notverordnung für mehr Wolfsabschüsse. Man verweist auf die bereits getroffenen Massnahmen. Bild: Gruppe Wolf Schweiz

Martin Meul

Der Kanton Wallis will mehr Wölfe abschiessen. Eine Notverordnung aus Bern soll das möglich machen. Von Umweltministerin Simonetta Sommaruga gibt es ein klares Nein.

Im Mai war in Sitten einmal mehr Krisenstimmung wegen des Wolfs angesagt. «Ausser Kontrolle» sei die Situation, erklärten die beiden Staatsräte Frédéric Favre (FDP) und Christophe Darbellay (Die Mitte) an einer Medienkonferenz. «Im Wallis hat es viele Wölfe», sagte Darbellay, «zu viele. Viel zu viele.»

Die beiden Staatsräte hatten denn auch eine Idee, wie man der bereits im Mai hohen Zahl an Rissen von Nutztieren im Wallis begegnen könnte. Zwar hatte man gerade den Abschuss eines Wolfs in der Augstbordregion angeordnet, das Tier wurde wenig später auch erlegt, doch es brauche mehr, so die Forderung.

Die Lösung: Der Bund solle eine Notverordnung erlassen. Mit dieser hätte es dem Kanton ermöglicht werden sollen, in Koordination mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) während sechs Monaten «die Überpopulation der Wölfe» zu regulieren. Ein entsprechender Brief wurde nach Bern an das Departement von Bundesrätin Simonetta Sommaruga geschickt. Nun kam die Antwort aus Bern, und diese ist so, wie man es erwarten konnte.

Ein klares Nein, aber

Am Mittwoch erhielt die Walliser Regierung die Antwort auf ihre Forderung nach einer Notverordnung. Das bestätigt Frédéric Favre, Vorsteher des Walliser Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport, am Donnerstag gegenüber über dem «Nouvelliste», der sich

auf einen Bericht der Nachrichtenagentur Keystone-SDA beruft.

Kurzum lasse Umweltministerin Sommaruga dem Wallis ausrichten: Mehr Abschüsse von Wölfen kämen nicht infrage, so Favre. Der Bundesrat sei sich zwar der schwierigen Situation bewusst, aber der Ansicht, dass diese nicht schwerwiegend genug sei, um eine Notverordnung zu rechtfertigen.

Die zuständige Bundesrätin erinnere an die verschiedenen Instrumente, die dem Kanton bereits zur Verfügung stünden, um die Lage zu bewältigen. Da ein Entwurf für eine Revision des Jagdgesetzes in Vorbereitung sei, würden Bund und Kantone weiterhin so gut wie möglich mit der bekanntlich nicht guten Situation umgehen.

Der Aufwand für die Walliser Regierung scheint sich nicht gelohnt zu haben. Der zuständige Staatsrat zeigt sich denn auch «enttäuscht».

Dennoch hebt Frédéric Favre einen positiven Punkt aus dem Antwortschreiben aus Bern hervor. Sommaruga weise darauf hin, dass ihr Departement derzeit weitere Anpassungen der Jagdverordnung im Hinblick auf die Sömmerungssaison 2023 prüfe. Was genau das heisst, bleibt offen.

Bund verweist auf Massnahmen

Das BAFU bestätigte indes gegenüber der Nachrichtenagentur Keystone-SDA die Position des Bundesrates, schreibt der «Nouvelliste». Das BAFU verweise insbesondere auf den Vorstoss von SVP-Nationalrat Michael Graber während der parlamentarischen Sommersession. Dieser hatte sich gefragt, warum die Regierung noch keine Notverordnung erlassen habe.

In seiner Antwort erinnert der Bundesrat daran, dass er die Jagdverordnung bereits für die Sömmerungssaison 2021 angepasst habe, und zwar innerhalb einer sehr kurzen Frist und mit verkürzten Vernehmlassungsfristen. Die Schwelle, ab der ein Abschuss von Wölfen möglich ist, sei «deutlich gesenkt» worden.

Der Bundesrat erinnert auch daran, dass das Parlament derzeit einen neuen Entwurf zur Änderung des Jagdgesetzes ausarbeitet, um eine proaktive Regulierung der Wölfe zu ermöglichen. Die Landesregierung weist zudem darauf hin, dass die meisten Nutztiere auf ungeschützten Alpen angegriffen werden. Weiter betont sie, dass das Parlament für die Sömmerungssaison 2022 zusätzliche 5,7 Millionen Franken bewilligt habe. Damit stünden insgesamt 9,4 Millionen Franken für den Herdenschutz zur Verfügung.

Mehr Tempo gefordert

Der Druck auf den Wolf und den Bund steigt indes auch in dieser Sommersaison. Erst vor Kurzem wurde im Kanton Graubünden erstmals eine ausgewachsene Mutterkuh durch den Angriff mehrerer Wölfe getötet. Dieser bislang aussergewöhnliche Vorgang hat die Lage zusätzlich verschärft, die Diskussionen um Abschusskriterien angeheizt.

Bauern- und Alpwirtschaftsverbände fordern, dass der Bund und der Kanton Graubünden unverzüglich den «Wolfsnotstand» ausrufen. Die Gruppe Wolf Schweiz sieht im Riss der Mutterkuh einen absoluten Ausnahmefall.

Der Schweizerische Bauernverband schreibt derweil in einem Communiqué vom Donnerstag über den Angriff und fordert, dass die geplante Revision des Jagdgesetzes beschleunigt wird:

«Die Vorlage muss nun im Eiltempo durch die Räte.»

Bis zu 70 Wölfe im Wallis

Seit einigen Jahren wächst die Wolfspopulation in der Schweiz. Derzeit gibt es in der Schweiz rund 150 Wölfe und etwa 15 Rudel. Im Wallis wird die Zahl auf 50 bis 70 Wölfe in drei bis vier Rudeln geschätzt.

Im Jahr 2021 waren im Wallis 336 von rund 40'000 gesömmerten Tieren auf den Alpen durch den Wolf getötet worden, was nicht ganz einem Prozent entspricht. Seit Anfang 2022 sind im Kanton 92 Nutztiere, Stand Mitte Mai, durch den Wolf getötet worden.